

Heeresauschuß.

Delegierter v. Dlugosz wendet sich in Fortsetzung seiner Rede gegen die Vorkommnisse bei den Evakuierungen nach dem Durchbruch bei Gorlice und führt Beschwerde über die Zerstörung von Wohnhäusern zum Zwecke der Schaffung des Materials für Schützengräben. Nach der Vertreibung der Russen wurde für die Bevölkerung und für die Bebauung des Bodens durch die Militarisierung des Statthalterpostens nicht das Erforderliche vorgesorgt. Pflicht des Staates sei es, für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in dem im Kriege vom Feinde okkupierten Gebiete Sorge zu tragen. Redner beantragt folgende Resolution: Der Heeresauschuß gibt seiner Rechtsüberzeugung Ausdruck, daß die Vergütung der Kriegsschäden eine gemeinsame Pflicht der österreichisch-ungarischen Monarchie bildet. Er fordert weiter die Enthebung der notwendigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte für Galizien, die Zuteilung von Soldaten polnischer Nationalität an Regimenter, die sich aus Galizien rekrutieren, die Bekehrung von Offizieren und Unteroffizieren bezüglich der Behandlung von Soldaten polnischer Nationalität, die Entlassung der Geburtsjahrgänge bis 1870, der selbständigen Landwirte, ländlichen Handwerker und Gewerbetreibenden, der Väter mehrerer Kinder, deren Mutter gestorben ist, die Verurlaubung der aus russischer Kriegsgefangenschaft geflüchteten Soldaten polnischer Nationalität, gleichmäßige Erteilung von Urlauben, auch an Soldaten polnischer Nationalität, die Auszahlung der Gebühren von Invaliden, die Gleichstellung der Soldaten polnischer Nationalität bei Auszeichnungen und Beförderungen und die Entlassung der russischen Kriegsgefangenen polnischer Nationalität, die in den von den Centralmächten okkupierten Gebieten heimatsberechtigt sind.

Delegierter Jon erörtert die unzureichende Versorgung der Mannschaft an der Front und im Ciappengebiete und klagt über die Drangsalierung der Zivilbevölkerung durch die Suche nach politisch Verdächtigen. Er führt Beschwerde über das Vorgehen magyarischer Truppen gegenüber der slowakischen Bevölkerung sowie über das Verhalten deutschen Militärs in Krain. Gegen die Abgeordneten Dr. Rybarz und Dr. Butoric wurde von der Militärbehörde vorgegangen, der erstere für einen besonders exponierten Posten bestimmt, Dr. Butoric ohne Rücksicht auf den ärztlichen Befund, ohne militärische Ausbildung in eine Marschkompagnie eingeteilt und ihm die Teilnahme an den Beratungen des Abgeordnetenhauses unmöglich gemacht. Des weiteren führte Redner Beschwerde über die Germanisationsversuche in der Armee und in der Verwaltung und über die Militärgerichtsbarkeit. Das Armeekommando hatte durch Aufhebung einiger Bestimmungen über das standrechtliche Verfahren auch in das Gesetz eingegriffen. Bemerkenswert sei, daß diese Aufhebung aber nur für Oesterreich und Bosnien, nicht auch für Ungarn in Kraft gesetzt wurde. Zum Schluß seiner Rede tritt Delegierter Jon für den raschen Wiederaufbau der Stadt Görz ein und schließt sich den vom Abgeordneten Koroschec vorgebrachten Beschwerden an.

Die Verhandlung wird abgebrochen.
Die nächste Sitzung des Heeresauschusses wird im schriftlichen Wege, voraussichtlich für den 8. Jänner 1918, einberufen werden.